

Hat hier jemand «Dichtestress» gesagt?

Die Schweiz wächst 18-mal schneller als Deutschland.

Philipp Gut

Die Schweizer Bevölkerung wächst rasant. Dieses Gefühl vieler, die über Dichtestress, Staus, überfüllte Züge oder zubetonierte Landschaften klagen, bestätigen neue Zahlen und Fakten. Die Wohnbevölkerung der Schweiz wuchs zwischen 2000 und 2023 um rund 1,7 Millionen – von 7,18 auf 8,89 Millionen Personen. Dies zeigen Daten der Weltbank. Das entspricht einem Wachstum von 23,7 Prozent. Inzwischen ist die 9-Millionen-Grenze überschritten worden. Wann werden es 10 Millionen sein?

Deutsche Arroganz

Die starke Zunahme ist nicht nur für die Schweiz und ihre demografische Entwicklung ausserordentlich, sondern auch im internationalen Vergleich. Sie übertrifft das Wachstum in den Nachbarländern deutlich. Besonders augenfällig ist ein Blick auf Deutschland, seinem Selbstverständnis nach immerhin ein Industriestaat und Einwanderungsland mit weltweiter Sogwirkung.

Ein massiver Treiber der Nettoeinwanderung ist die Personenfreizügigkeit mit der EU.

Dort wuchs die Bevölkerung im selben Zeitraum lediglich um rund 1,1 Millionen, von 82,21 auf 83,28 Millionen. Dies entspricht einer relativen Zunahme von 1,3 Prozent.

Damit nahm die Bevölkerung der kleinen Schweiz auch absolut um 635 351 Personen mehr zu als jene im grossen Deutschland. Relativ fiel das Wachstum hierzulande sogar 18,2-mal so stark aus wie jenes in der Bundesrepublik. Das sind Welten.



Und diese Bevölkerungsexplosion hat nicht etwa mit einer besonders paarungsfreundlichen Population in den wilden Alpentälern zu tun, die Ursache liegt vielmehr in der überproportionalen, auch vom Bund und den bundeseigenen Statistikern nie in diesem Ausmass erwarteten Zuwanderung.

Es mutet daher uninformat bis arrogant an, wenn offizielle Vertreter Deutschlands sich über die Sorgen der Schweizer bezüglich der Masseneinwanderung mokieren. Michael Flügger, bis vor kurzem Botschafter der Bundesrepublik in der Schweiz, kam «vor der Abstimmung über die Begrenzungsinitiative im Jahr 2020 nach Bern», wie die NZZ in einem wehmütigen Abschiedsartikel schreibt. «An einem Sonntag ging er zur Bäckerei und stand vor einem Plakat der SVP. Es zeigte einen dicken EU-Hintern, der auf einer zerbrechlichen Schweiz sass.» Flügger, der zuvor die politische Abteilung der deutschen Botschaft bei der EU geleitet hatte, sei «schockiert» gewesen. Nun zieht es ihn zurück nach Berlin, in die Hauptstadt eines Landes, in dem die Zuwanderung über 18-mal geringer ist als hier. Und in dem es trotzdem täglich Schlagzeilen gibt über Messerstechereien, Clan-Kriminalität und Sozialmissbrauch im migrantischen Milieu.

Auch die anderen Nachbarländer haben eine deutlich geringere Zuwanderung zu verkraften als die Eidgenossenschaft. In Italien wuchs die Bevölkerung vom Jahr 2000 bis 2023 um 3,6 Prozent, in Frankreich waren es 12,1 und in Österreich 14,0 Prozent.

Ein massiver Treiber der Nettoeinwanderung ist die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union, die derzeit im Zusammenhang mit dem Rahmenvertrag 2.0 und einer vieldiskutierten, letztlich aber wohl

kaum sonderlich wirksamen «Schutzklausel» zu reden gibt. Die Einführung der vollen Personenfreizügigkeit Mitte 2007 markiert eine Zäsur. Lag die durchschnittliche jährliche Nettoeinwanderung zwischen 2000 und 2006 bei 38 575 Personen, verdoppelte sie sich von 2007 bis 2013 auf 77 072. Auch im Gesamtzeit-

Die Daten bestätigen den Eindruck, dass gebaut wird wie wild und dass Grünflächen verschwinden.

raum von 2007 bis 2022 blieb sie mit durchschnittlich 66 202 Personen pro Jahr deutlich höher als vor der Einführung der vollen Freizügigkeit.

Real ist die Zunahme seit 2023 gar noch höher, aufgrund des Zustroms ukrainischer Kriegsflüchtlinge mit Status S. Um Verzerrungen bei der Berechnung der durchschnittlichen jährlichen Nettoeinwanderung zu vermeiden, wurde das Jahr 2023 allerdings nicht berücksichtigt.

Auf dem linken Auge blind

Das starke Bevölkerungswachstum hat sicht- und messbare Auswirkungen, beispielsweise auf die Siedlungsstruktur. Die Daten bestätigen den Eindruck, dass gebaut wird wie wild und dass Grünflächen verschwinden. So nahm die zusätzlich benötigte Wohnfläche von 2000 bis 2023 um rund 100 Millionen Quadratmeter zu. 82 Prozent davon gehen auf das Konto der Zuwanderung. Insofern erstaunt es, dass Umweltschützer von links-grüner Seite in der Masseneinwanderung nach wie vor aus politischen Gründen kein Problem sehen wollen. Auch die Klagen linker Politiker über zu wenig und zu teuren Wohnraum blenden den Faktor Zuwanderung systematisch aus.

Die Zahlen dieses Artikels basieren auf der Informationsplattform Facts4future.ch.